



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Forderung an Bundeswirtschaftsministerium:**

Forderung an Bundeswirtschaftsministerium:

28. Januar 2022

MÜNCHEN/BERLIN Bayern Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger unterstützt die heute in der Regierungserklärung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck erhobene Forderung nach einem zügigen Ausbau des europäischen Wasserstoffnetzes.

„Jetzt werden die Weichen für ein Wasserstoffnetz der Zukunft gelegt“, erklärt Aiwanger. Bayern hat sich mit seiner Wasserstoffstrategie noch vor dem Bund und der EU klar für Wasserstoff als Energieträger der Zukunft positioniert. Der Freistaat ist an der Spitze der Regionen: Ein breites Wasserstoffbündnis mit über 200 Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft arbeitet für die Wasserstoffzukunft. Auch die Auswahl sechs bayerischer Wasserstoffprojekte im europäischen Maßstab (IPCEI-Projekte) oder Pfeffenhausen/Landshut als Teil des geplanten Nationalen Wasserstoffzentrums bestätigen die starke Position Bayerns. Das Wasserstoffprojekt von Bosch in Bamberg hat soeben den Zuschlag für den vorzeitigen Maßnahmenbeginn bekommen. Außerdem hat Aiwanger vor wenigen Wochen die ersten Förderbescheide für H2-LKW-Tankstellen überreicht, die noch dieses Jahr in Betrieb gehen sollen.

„Unsere Pionierrolle muss jetzt mit einem zügigen Anschluss an ein nationales und europäisches Wasserstoffnetz fortgesetzt werden“, sagt der Staatsminister. Und weiter: „Wir sind in Bayern überzeugt, dass ohne Wasserstoff der Weg in die Klimaneutralität nicht gelingen kann. Damit sich das bis 2030 konkretisiert, brauchen wir aber die entsprechende Infrastruktur. Vorhandene Erdgasleitungen müssen nun rasch für den Transport von Wasserstoff umgerüstet werden.“

Entscheidend wird sein, ausreichende und nachhaltige Investitionsanreize zur Umrüstung von Erdgas-Pipelines zu setzen. Hier sind Bund und EU mehr gefordert, ebenso beim Aufbau und der Beschleunigung neuer internationaler H2-Partnerschaften. „Unsere Industrien brauchen grünen Wasserstoff, besser heute als morgen, damit die Dekarbonisierung nicht zur Deindustrialisierung führt“, stellt Aiwanger fest. Gleichzeitig muss die Netz- und Bedarfsplanung für Strom, Gas und Wasserstoff künftig eng aufeinander abgestimmt werden. „Wasserstoff ist künftig das entscheidende Bindeglied und dazu brauchen wir Importleitungen, um ausreichend grünen Wasserstoff zu holen, weil wir voraussichtlich selbst nicht genügend erzeugen können“, so das Fazit des Staatsministers.

Ansprechpartnerin:

Katrin Nikolaus,

stellv. Pressesprecherin

